

Berliner Colloquien zur Zeitgeschichte

— 67 Michael Ignatieff *Fortschrittliche Politik in schwierigen Zeiten* — 76 Carl Tham *Tony Judt und die Sozialdemokratie* — 82 Martin H. Geyer *Das Ende des »sozialdemokratischen Konsenses«? Überlegungen zu Tony Judts Ill Fares the Land* — 89 *Tony Judt's Legacy*, Tagungsbericht

Michael Ignatieff Fortschrittliche Politik in schwierigen Zeiten

I.

Dies ist ein Vortrag zu Ehren Tony Judts – des Historikers, Schriftstellers, Lehrers und Freunds –, und so soll er auch von einem Thema handeln, das dieser zu seinem gemacht hatte: der Zukunft fortschrittlicher Politik in Europa und Nordamerika. Meine Fragen sind die, die auch er gestellt hat: Wie erfindet man eine neue egalitäre Politik für ein Zeitalter wachsender Ungleichheit? Wie baut man in einer Zeit der Austerität öffentliche Güter aus, zu denen alle den gleichen Zugang haben? Und wie bekräftigt man in einem Augenblick der Krise und Desillusionierung die europäische Einheit?

Mit Europa möchte ich beginnen. Statt der Fortentwicklung zu einer immer engeren Union stehen uns inzwischen ganz andere Szenarien vor Augen: ein mögliches Auseinanderbrechen des Euro, die Wiedereinführung von Grenzkontrollen sowie die Sumpflüte einer Politik des Ressentiments und der gegenseitigen Schuldzuweisungen, die zu Konflikten zwischen Klassen, ethnischen Gruppen und sogar Nationen führen könnte. Mit einer starken politischen Führung kann es Europa noch immer gelingen, das Schlimmste abzuwenden. Aber nicht zum ersten Mal liegt ein Schatten der Ernüchterung über dem europäischen Traum.

Erinnern wir uns daran, wie ehrgeizig dieser Traum war. Die Europäer sahen ihren Markt als ernsthaften Konkurrenten zum chinesischen und amerikanischen. Sie glaubten, ihr Kontinent böte der zuschauenden Welt eine

zivilisiertere Alternative zur amerikanischen und zur chinesischen Gesellschaft. Sie hofften, die Integration des Kontinents werde die Gräben schließen, die die Welt in den Krieg gestürzt hatten. All diese hochgesteckten Ziele sind durch die Euro-Krise gefährdet.

Im Nachhinein erkennen wir, wie weit diese Träume der Realität voraus waren. Eine gemeinsame Währung hätte eine gemeinsame Steuer- und Haushaltspolitik erfordert. Doch statt sich eine gemeinsame fiskalische Disziplin zu verordnen, versuchten die europäischen Regierungen, eine Währungsunion zu bekommen, ohne dafür auf Souveränität zu verzichten. Schwache wie starke Staaten nutzten den Euro aus, um ihre Probleme auf ihre Nachbarn zu verlagern. Die starken Staaten entzogen sich der Verpflichtung, ihre Staatsverschuldung und Haushaltsdefizite unter Kontrolle zu behalten, während sich die schwächeren in einen Kreditausbruch stürzten, überzeugt davon, dass die Eurozone sie im Zweifelsfall auffangen und steigende Vermögenswerte ihre Haushaltsdefizite decken würden.

Statt ein postsouveränes Zeitalter einzuläuten, betrieb die Europäische Union die systematische Übertragung moralischer Risiken von den schwächeren auf die stärkeren Staaten. Die Anleihemärkte signalisieren indes, dass dies bezüglich eine Grenze erreicht ist.

Für dieses Problem gibt es eine Lösung. Sie besteht darin, europäischen Institutionen Vetorechte gegenüber nationalen Haushaltsplänen einzuräumen und im Gegenzug die Staatsschulden aller EU-Mitglieder durch europäische Garantien abzusichern. Diese Lösung verlangt jedoch sowohl von den schwachen als auch von den starken Staaten einen Verzicht auf ökonomische Souveränität, und sie verlangt von den europäischen Wählern, Macht nach oben zu verlagern, in die Hände von Technokraten. Das ökonomische Problem kann gelöst werden, aber nur zu gewissen Kosten für die europäische Demokratie.

Gegenwärtig diktieren die Märkte die Bedingungen. Staaten zahlen wachsende Prämien für Marktkredite, und Unternehmen haben Probleme, überhaupt Kredite zu bekommen, egal zu welchem Preis. Wenn sich die Kreditklemme nicht lockert, steht Europa eine lange und zermürbende Rezession bevor.

Natürlich gibt es einen Ausweg. Krisen bieten Chancen für Führungsstärke. Die Regierungen müssen die effektive Nachfrage stützen, die Staatsverschuldung sukzessive abbauen und korporatistische Privilegien sowie ineffiziente Arbeitsmethoden bekämpfen, die das Wachstum in vielen südeuropäischen Wirtschaften hemmen. All dies ist machbar. Die zentrale Herausforderung für eine fortschrittliche Politik besteht darin, sicherzustellen, dass der Kontinent infolge dieser Maßnahmen nicht ungleicher und unfairer wird.

In der Tat ist Ungleichheit die Schlüsselfrage. Solange die europäischen Volkswirtschaften wuchsen, blieb die Ungleichheit so beherrschbar wie unsichtbar. Sinkende Preise für Konsumgüter wie Mobiltelefone, Computer und Kameras trugen dazu bei, die hartnäckigen Bildungs- und Chancengleichheiten zu verdecken, die Millionen schlecht bezahlter und gering qualifizierter

Europäer, Einwanderer zumal, am sozialen Aufstieg hinderten. Sobald das Wirtschaftswachstum ins Stocken geriet, kehrte die Ungleichheit in die öffentliche Wahrnehmung zurück und erschwerte eine koordinierte Reaktion auf die gemeinsame Krise. Die Europäer mussten feststellen, dass sie zwar denselben schweren Seegang zu überstehen hatten, aber nicht alle im selben Boot saßen.

Als Silvio Berlusconi gefragt wurde, wie ernst die Wirtschaftskrise in Italien sei, antwortete er: Welche Krise? Der unerhörte Regierungschef hatte nicht ganz unrecht. Die Mailänder Restaurants waren ausgebucht. Die Gäste, die sie füllten, spürten nichts von einer Krise. Die Reichen konnten sich ihr nicht nur entziehen, sondern sich sogar einen wachsenden Anteil am Volkvermögen sichern.

Und nicht nur die Kapitalkräftigen vermochten sich vor den schweren Zeiten abzuschirmen. Gewerkschaftlich organisierte Arbeitnehmer im öffentlichen Sektor sind besser geschützt als unorganisierte Arbeitnehmer im privaten. Gebürtige Staatsangehörige werden mit geringerer Wahrscheinlichkeit entlassen als zugewanderte. Qualifizierte schneiden besser ab als Nicht- oder Geringqualifizierte, Gebildete besser als Ungebildete. Den Deutschen geht es besser als den Griechen, Nordeuropa besser als Südeuropa.

So, wie die Rezession Gewinner und Verlierer hervorbringt und den politischen Konsens in Europa aufbricht, scheidet sie auch die Weltwirtschaft in Gewinner und Verlierer. Man frage die Brasilianer, die noch nie so gut dastanden wie heute. Oder die Kanadier, deren Arbeitslosenrate konstant unter der US-amerikanischen liegt. In diesen und anderen Ländern bekamen junge Leute ohne Hochschulausbildung, ältere Arbeitnehmer in den schrumpfenden Produktions- und Rohstoffzweigen sowie Neueinwanderer die volle Wucht der Krise ungleich stärker zu spüren. Das schmutzige Geheimnis von Rezessionen besteht darin, dass wirtschaftliche Durststrecken, die eine Minderheit treffen, in Wirklichkeit billiges Geld und steigende Immobilienpreise für eine Mehrheit bedeuten.

Doch selbst diejenigen, die an ihren Jobs festhalten konnten, fürchten um ihre Zukunft, was politisch zu einer Flucht in den Wunsch nach Sicherheit und Ausgabenkürzungen führt.

Bei der gegenwärtigen Rezession handelt es sich nicht einfach um einen Konjunkturrückgang, sondern um eine globale Umstrukturierung, in deren Rahmen die Entwicklungsländer ihre Nationaleinkommen und Beschäftigungsraten zulasten der Industrienationen steigern. Die rohstoffgewinnenden und -verarbeitenden Industrien in der entwickelten Welt hängen von der chinesischen Nachfrage ab. Produzierende Industrie wie Dienstleistungsbranche sind auf Möglichkeiten zur Produktionsverlagerung in die Entwicklungsländer sowie die dortigen Verbrauchermärkte angewiesen. Schon zeichnet sich eine neue globale Arbeitsteilung ab, und keine Arbeitnehmerin in Europa oder Nordamerika kann sich sicher sein, welchen Platz sie in der neuen Ordnung einnehmen wird. In diesem fortlaufenden wirtschaftlichen Wandel ist jeder

auf der Flucht vor dem Risiko in die Sicherheit – und, nein, wir stecken nicht alle gemeinsam im selben Schlamassel.

Weil die Krise eher spaltet als vereint, sind auch die Wähler überall auf der Welt tief in der Frage gespalten, wessen Lösungsvorschlag ihnen die besten Aussichten auf Sicherheit bietet. In den Vereinigten Staaten treten die Republikaner für Sparsamkeit und Schuldenabbau ein, um den Schwächsten die Kosten des Abschwungs aufzubürden, wobei Steuersenkungen die neuen Ungleichheiten auf Dauer stellen sollen. Diese Lösung – ein Klassenkampf, wie er im Buche steht – spricht paradoxerweise jene an, die den Preis für sie zu zahlen haben dürften: Arbeitnehmer in der Privatwirtschaft, die das Gefühl haben, ihre Steuern würden verschwendet, um Großbanken zu retten und nicht wettbewerbsfähige Jobs im öffentlichen Dienst zu erhalten. Die Demokraten wollen die öffentlichen Leistungen und die öffentliche Hand durch Steuererhöhungen für die Reichen schützen. Dies spricht Arbeitnehmer an, die entweder im Staatsdienst tätig oder auf öffentliche Leistungen angewiesen sind. Die Herangehensweise beider Parteien an die Krise ist weniger ein Versuch zu ihrer Lösung als vielmehr der Versuch, die Privilegien jener Gruppen abzusichern, die sie politisch tragen.

Überall spielt die Krise diejenigen, die über eine gewisse Sicherheit verfügen – eine regelmäßige Einnahmequelle oder eine Beschäftigung im öffentlichen Sektor –, gegen jene aus, die keine sicheren Renten, Arbeitsplätze oder auf ihr Ausbildungsniveau gegründeten Zukunftsaussichten haben.

Fortschrittliche Politik muss in einem Zeitalter der Austerität darin bestehen, die Mehrheit derjenigen (ob Nationen, Klassen oder Regionen), die an dem festhalten, was sie haben, davon zu überzeugen, dass ihre Zukunft davon abhängt, das Problem der großen und wachsenden Minderheit von schwächeren Staaten, ärmeren Regionen und abgehängten Gruppen von Niedriglöhnern zu lösen. Eine progressive Politik wird zeigen müssen, dass wir aus dieser Rezession nur herauskommen, wenn wir zusammenhalten. Leicht wird das nicht.

Deutschland ist besser durch die Krise gekommen als seine europäischen Nachbarn. Jetzt fühlen sich die Deutschen für ihren Erfolg bestraft, weil man sie drängt, ihre schwächeren Brüder und Schwestern im Süden zu retten. So ungern sie das womöglich tun, müssen die Deutschen gleichwohl zerknirscht feststellen, dass diese schwächeren Brüder und Schwestern sie in den Abgrund reißen können. In einer Währungsunion können schwache Staaten die wirtschaftlichen Perspektiven starker Staaten zunichtemachen.

In der europäischen Krise stellen die starken Staaten plötzlich fest, dass sie von den schwachen abhängen, während diese akzeptieren, sich an Regeln halten zu müssen, die ihnen die starken vorschreiben. Sobald sich alle ihre gegenseitige Abhängigkeit bewusst machen, werden langfristige europäische Lösungen möglich.

II.

Ob sie liberaler oder sozialdemokratischer Grundausrichtung ist, eine fortschrittliche Politik definiert sich durch die ökonomische Einsicht, dass nachhaltiges Wachstum ohne Verteilungsgerechtigkeit respektive relative Gleichheit (*equity*) nicht zu haben ist. Wie also sehen die Strategien aus, die Verteilungsgerechtigkeit und Wachstum verbinden und uns allen einen Ausweg aus dieser Krise weisen?

Das gravierendste Marktversagen seit der Weltwirtschaftskrise hat nicht zu einer Krise des Marktvertrauens geführt und noch weniger zu einer Rückkehr des starken Staats. Im Gegenteil: In Spanien, Griechenland und Irland wurden linke Regierungen aus dem Amt gefegt, und Volkes Stimme neigt eher zu Kürzungen der staatlichen Sozialleistungen.

Wirtschaftliche Unsicherheit unter den Begüterten erzeugt keine Solidarität mit den Habenichtsen. Sie führt vielmehr zu einer politischen Absetzbewegung von der relativen Gleichheit oder Verteilungsgerechtigkeit hin zu Ausgabenkürzungen.

Der Slogan von Occupy Wall Street – »Wir sind die 99 Prozent« – bestärkt die Illusion, dass »wir« alle zusammen im selben Boot sitzen, dass »wir« gegen ein verschwindend kleines »sie« stehen. Aber wir sitzen nicht alle im selben Boot. Wäre dem so, dann würden Liberale und Progressive die politische Auseinandersetzung gewinnen. Davon jedoch kann keine Rede sein. Die Konservativen entscheiden sie für sich, weil sie den wirtschaftlichen Gewinnern Stabilität versprechen – und Verständnis für jene zeigen, die die Verlierer bestrafen möchten.

Die so häufig im Mund geführte Wendung vom »moralischen Risiko« hat sich zu einem Alibi für eine Politik des Ressentiments entwickelt, das viele überzeugt.

In den Vereinigten Staaten brächte ein landesweites Programm zur Zinssenkung oder zur Teilabschreibung von Hypotheken für die am schwersten vom Kollaps der Wohnungspreise Betroffenen den Wohnungsmarkt wieder in Gang. Auch würde es notleidenden Hauseigentümern wieder ermöglichen, mehr zu konsumieren. Eine solche Maßnahme würde der »Main Street« helfen und nicht mehr kosten als die Hilfen für die Wall Street.

Interessanterweise jedoch ist ein solches Programm genauso unpopulär wie die Hilfsmaßnahmen für das Bankengewerbe. »Deine Hypothek ist nicht mein Problem«, war jüngst bei einer Kundgebung der Tea Party auf einem Plakat zu lesen.

Eine Politik der Vergeltung, die den Bedürftigen mit Verweis auf ihr subjektives Risiko jeglichen Beistand verweigert, wird die Rezession nur verlängern. Trotzdem ist sie populärer als eine Politik der Gleichstellung.

Beispiellose Einkommensungleichheiten werden nach wie vor von weiten Kreisen akzeptiert. Die Spitzenverdiener argumentieren, ihre Einkommen seien eine Folge ihrer Anstrengungen – gehaltsförmige Belohnungen für lange

Arbeitszeiten und hohe Risikobereitschaft. Auch gelten überproportional hohe Einkommen als gerechtfertigt, wenn sie sich Innovationen verdanken, die der Gesellschaft insgesamt Vorteile und Arbeitsplätze verschaffen. Einen Teil dieser Gewinne durch eine progressive Besteuerung abzuschöpfen, so heißt es, würde der Mehrheit schaden und zugleich nützliche Anreize für die Minderheit beseitigen.

Diese Argumente der privilegierten Minderheit überzeugen die unterprivilegierte Mehrheit. Auch sie strebt nach höheren Einkommen, und es fällt den Konservativen leicht, sie davon zu überzeugen, dass auf eine Steuererhöhung für die Minderheit heute eine Steuererhöhung für die Mehrheit morgen folgen wird.

Einkommensungleichheiten, in denen sich eine Belohnung von Fähigkeiten, Innovationen und Leistung ausdrückt, sind für die meisten Menschen moralisch unproblematisch. Eine fortschrittliche Politik, die Einkommensunterschiede per se angreift, erscheint gerade denjenigen, die sie überzeugen müsste, als schlichte Neidpolitik.

Eine fortschrittliche Politik sollte daher deutlich machen, dass nicht Einkommensunterschiede als solche das Thema sind. Ein Unternehmensvorstand, der eine erhebliche feste Vergütung nebst leistungsabhängiger Boni einstreicht, während er Arbeitsplätze schafft und Dividenden zahlt, sollte für eine fortschrittliche Politik keine moralisch problematische Figur darstellen. Der Unternehmensvorstand, dessen Vergütungspaket keine Sanktionen bei Misserfolg vorsieht und dessen Risikobereitschaft und Profitorientierung seine Angestellten in die Insolvenz führt, dadurch zugleich Investoren ruiniert und Schockwellen in der Gesamtwirtschaft auslöst, ist ein ganz anderer Fall.

Es gibt eine überwältigende öffentliche Unterstützung für einen Staat, der die gewöhnlichen Bürger, ihre Arbeitsplätze und Ersparnisse, vor der raubtierhaften Risikobereitschaft einiger weniger schützt. Der Staat kann und sollte Einzelne und Firmen nicht gegen Marktwetten absichern, die in die Hose gehen, oder die daraus resultierenden Verluste ausgleichen. Er sollte aber da sein, um die Allgemeinheit vor systemischen Risiken für ihre Arbeitsplätze und Renten zu schützen.

Es ist höchste Zeit, dass eine fortschrittliche Politik ausbuchstabiert, wie man die Entlohnung von Führungskräften regulieren und die Unternehmensführung dahingehend reformieren kann, dass die Unternehmensvorstände Anteilseigner und Mitarbeiter vor systemischen Risiken schützen. Es ist höchste Zeit, Maßnahmen vorzuschlagen, um diejenigen, die mit großen Volumen am Markt handeln, zu einer eigenen Risikobeteiligung zu zwingen – einer persönlichen Haftung, die greift, wenn sie ihre Wetten verlieren.

Unbegrenzte Haftungsregeln müssen für all jene obligatorisch gemacht werden, die am Markt Risiken im großen Stil eingehen. Ist der Zusammenhang zwischen Risiko und Verantwortung erst einmal durch eine unbegrenzte rechtliche Haftung wiederhergestellt, dann kann die Mehrheit besser vor der unbekümmerten Gier der Minderheit geschützt werden.

Statt gegen freie Märkte zu wettern, sollte sich eine fortschrittliche Politik das Argument zu eigen machen, dass eine freie Gesellschaft Märkte braucht, die auch wirklich frei sind. Viele der schlimmsten Exzesse unseres Zeitalters der Gier fanden in Märkten statt, die alles andere als frei und transparent, vielmehr von Betrug, Korruption, Insidergeschäften und toxischen Finanzprodukten durchsetzt waren, wobei Letztere die Risiken streuten und damit zu systemischen machten.

Es ist fast in Vergessenheit geraten, dass fortschrittliche Politik lange Zeit hieß, sich für einen Staat einzusetzen, der den Wettbewerb fördert. Wir brauchen mehr, nicht weniger Wettbewerb auf dem Markt. Und das bedeutet: Wir brauchen Regierungen, die bereit sind, von ihren Möglichkeiten zur Verhinderung von Kartell- und Monopolbildungen künftig auch Gebrauch zu machen, um Institutionen zu zerschlagen, die inzwischen »zu groß sind, um zu scheitern« und deren Scheitern ganze Volkswirtschaften ins Unheil stürzen kann.

Eine höhere Besteuerung der Reichen hat einen wichtigen Stellenwert für eine fortschrittliche Politik. Doch besteuern wir die Wohlhabenden nicht, um sie für ihren Erfolg zu bestrafen oder als Goldesel zur Finanzierung sozialer Maßnahmen heranzuziehen. Wir besteuern sie, damit sie einen fairen Anteil an den öffentlichen Gütern zahlen, die ihren privaten Wohlstand ermöglichen, und wir besteuern die, die es sich leisten können, um die Steuern für jene zu senken, die es sich am wenigsten leisten können. Eine fortschrittliche Steuerpolitik sollte aufkommensneutral sein, das heißt, die Belastung für diejenigen, die sie tragen können, erhöhen und für diejenigen, deren Lage am prekärsten ist, senken.

Eine progressive, sich als freiheitlich verstehende Politik kann auch Steuern senken, indem sie den unkontrolliert zunehmenden Steueraufwand – in Form von Erstattungen, Anrechnungen und Erleichterungen – zugunsten flächendeckender Kürzungen der Steuersätze reduziert. Eine radikale Vereinfachung des Steuersystems verringert die Steuerbelastung für alle und setzt direkt an einem tiefverwurzelten Anlass zur Verbitterung an – die dem Umstand gilt, dass immer nur bestimmte Leute alle Steuervergünstigungen einstreichen.

Der öffentliche Unmut über Ungleichheit richtet sich nicht nur gegen das eine Prozent privater Spitzenverdiener. Er gilt auch der Ungleichheit zwischen den Arbeitnehmern im öffentlichen und denen im privaten Sektor, zwischen jenen, die ihr Einkommen aus Steuereinnahmen beziehen, und jenen, die das nicht tun. Eine fortschrittliche Antwort auf diesen Unmut muss beides in Angriff nehmen: Sie muss die notwendigen öffentlichen Dienstleistungen und die Menschen, die sie erbringen, absichern, zugleich aber auch Ungleichheiten zwischen Renten-, Arbeitslosen- und Urlaubsansprüchen im öffentlichen Dienst und in der Privatwirtschaft abbauen.

Der Wohlfahrtsstaat erzeugt selbst neue Ungleichheiten. Wenn wir uns das nicht klarmachen, stehen wir am Ende mit einer fortschrittlichen Politik da, die zwar glaubt, sie würde Ungleichheiten bekämpfen, in Wirklichkeit aber Privilegien wie die Renten der öffentlichen Bediensteten, die Besitzansprüche öffentlich finanzierter Professoren oder die Subventionen der Kunst- und Kreativ-

branchen gegen Arbeitnehmer in der Privatwirtschaft, Kleinunternehmer, Einwanderer ohne soziale Absicherung und andere Gruppen verteidigt, die nicht gleichberechtigt oder auf gleiche Weise vom Wohlfahrtsstaat profitieren.

Jahrzehntelang haben die europäischen Regierungen mehr Schulden gemacht, als sie sich leisten konnten, um ihre Wohlfahrtsstaaten aufrechtzuhalten. Das vielgepriesene europäische Sozialmodell war kreditfinanziert, und eine fortschrittliche Politik wird keine hinreichende Unterstützung für die Verteidigung des Wohlfahrtsstaats mobilisieren können, wenn sie sich nicht gleichzeitig die nötigen Reformen auf die Fahnen schreibt.

»Reformen« heißt, sich auf einen Kampf gegen starke Interessengruppen einzulassen. Dazu gehören Gewerkschaften im öffentlichen Dienst und mächtige Berufszweige wie Ärzte, Lehrer und Pflegekräfte, die zwar allesamt für die Allgemeinheit unverzichtbare Leistungen erbringen, aber ihre Praktiken reformieren, einige ihrer Privilegien abgeben und wirtschaftlicher werden müssen, wenn die von ihnen erbrachten öffentlichen Güter tragfähig bleiben sollen.

Als Progressive müssen wir uns Gedanken über ein Steuersystem machen, das es uns erlaubt, Chancengleichheit für alle zu gewährleisten, ohne die Haushalte aus dem Ruder laufen zu lassen und ein Steuerniveau zu erreichen, das einen Kapitalstreik zur Folge hat.

In einer globalen Wirtschaft, in der die Unternehmen ihre Produktionsstätten jederzeit woandershin verlegen können, brauchen Wohlfahrtsstaaten wettbewerbsfähige Steuern. Werden die Firmen durch hohe Unternehmenssteuern gezwungen, mit ihrer Produktion ins Ausland abzuwandern, kann man dem Wohlfahrtsstaat das Sterbeglöckchen läuten.

Angesichts der neuen globalen Arbeitsteilung besteht die Kernaufgabe des Staates darin, in seine Bürger zu investieren. In einem Zeitalter schrumpfender Bevölkerungen und steigender Qualifikationsanforderungen für gutbezahlte Tätigkeiten muss eine fortschrittliche Wachstumsstrategie ganz auf die Karte fortwährender Investitionen in Bildung für alle setzen. Chancengleichheit ist der Schlüssel zu künftigem Wachstum.

Sinn und Zweck einer fortschrittlichen Politik ist es, Menschen zur Freiheit und zur Möglichkeit der Selbstbestimmung zu verhelfen. Er besteht nicht darin, die Macht des Staates auszubauen.

Vor fünfundzwanzig Jahren argumentierte ich in meinem Buch *The Needs of Strangers*,¹ dass der Wohlfahrtsstaat Solidarität und Mitgefühl weniger verkörperte als vielmehr beschlagnahmte und bürokratisierte. In den Wohlfahrtsstaaten haben wir die Solidarität verwaltet, statt sie zu leben und selbst an den Tag zu legen.

Dies müssen wir uns heute bewusst machen. Denn in einer Zeit der Austeritätspolitik reicht es nicht, den Wohlfahrtsstaat zu verteidigen. Er braucht vielmehr Reformen: eine Aktivierung statt einer Bürokratisierung des Mitgefühls; eine Dezentralisierung statt einer Zentralisierung der Entscheidungs-

1 Michael Ignatieff, *Wovon lebt der Mensch*. Was heißt, auf menschliche Weise in Gesellschaft zu leben, Berlin 1993.

prozesse; Marktdisziplin und Wettbewerb, um seine Kosten in Grenzen zu halten; und ein Dienstleistungsethos, das Menschen als Bürger behandelt und nicht als Nummern.

Fortschrittliche Politik zielt nicht darauf, in letzter Konsequenz den Staat zu verteidigen. Sie zielt darauf, ein gesellschaftliches Zusammenleben und gleiche Chancen für alle zu fördern.

Mit dieser Idee des gesellschaftlichen Zusammenlebens möchte ich schließen. Gemeint ist damit die Infrastruktur öffentlicher Güter – Straßen, Schulen, Bibliotheken, Krankenhäuser, Hochschulen, Universitäten, Bildungswerke, öffentliches Transportwesen –, die zur Verfügung zu stellen die Steuerzahler akzeptieren, weil sie verstehen, dass ihr privates Wohlergehen entscheidend von öffentlichen Gütern abhängt, die jedermann gleichberechtigt zugänglich sind. Diese Güter drücken die Gleichwertigkeit der Bürger aus, ihr Recht, gemeinsam von Einrichtungen zu profitieren, für die jeder von ihnen nach seinen Möglichkeiten zahlt.

Wir müssen verstehen, wie wichtig öffentliche Güter dafür sind, Chancengleichheit für alle zu erhalten, und wie wichtig Chancengleichheit für Wachstum ist. Wie soll eine Volkswirtschaft wachsen, wenn die Gesellschaft Formen von Ungleichheit zementiert, die Millionen von Menschen – Neueinwanderer, ethnische Minderheiten und Arbeiter – davon überzeugen, dass das wirtschaftliche Spiel für sie von vornherein verloren ist?

Erinnern wir uns daran, wie Tony Judt den Wohlfahrtsstaat seiner Jugend erlebte: die öffentlichen Güter, vor allem Busse und Eisenbahnen, die es einem rastlosen jungen Mann mit bescheidenen Mitteln erlaubten, durch Südengland zu streifen; aber auch die gebührenfreien Gymnasien, in denen er Deutsch und Französisch lernte, zum Europäer wurde und die Chance bekam, auf das *King's College* in Cambridge zu gehen. Seine Bildungsgeschichte, wie er sie in *The Memory Chalet*² erzählt, legt Zeugnis davon ab, wie unverzichtbar öffentliche Güter dafür sind, einem jungen Menschen das durchgängige Gefühl zu vermitteln, dass sein Leben ihm gehörte, um daraus zu machen, was er wollte, und dass Erfolg eine Frage von harter Arbeit, Ernsthaftigkeit und Hingabe war – eine Frage dessen, was man konnte, nicht, wen man kannte. Das war es, was die Größe des liberalen Staats ausmachte, seine zur Selbstbestimmung befähigende Verbindung mit individuellem Ehrgeiz und Erfolg. Das ist es, was wir für die Zukunft neu erfinden und neu definieren müssen. Wenn wir dies tun, wenn wir den Zusammenhang zwischen individueller Anstrengung und dem Wohl der Allgemeinheit wiederherstellen, wenn wir von neuem bekräftigen, dass der Ausweg aus Krise und Rezession in einem erneuerten Glauben an die Chancengleichheit und die befähigenden Funktionen öffentlicher Güter besteht, dann werden wir über eine Wachstumsstrategie verfügen, die es uns erlaubt, das Zeitalter der Austerität zugunsten einer hoffnungsvollen Zukunft zu überwinden.

Aus dem Englischen von Michael Adrian

2 Tony Judt, *Das Chalet der Erinnerungen*, München 2012.

»In der Welt, in der ich aufgewachsen bin, war der sozialdemokratische Staat die Norm, nicht die Ausnahme«, hat Tony Judt in einem Interview mit der Zeitschrift *The Nation* gesagt.¹ In Wirklichkeit ist die Sozialdemokratie in den fünfziger Jahren überall ziemlich schwach gewesen, außer in den skandinavischen Ländern. Im restlichen Europa einschließlich Großbritannien kehrte sie erst in den sechziger Jahren an die Macht zurück – für wenig mehr als ein Jahrzehnt. Doch beherrschte die Idee eines starken Wohlfahrtsstaates und einer regulierten Ökonomie, wenn nicht einer Planwirtschaft, das politische Denken. Sie gehörte zum Geist der Zeit. Und es war eine Zeit großer Fortschritte: hohes Wachstum, zunehmende soziale Sicherheit, Ausbau öffentlicher Leistungen (Bildung, Gesundheitsfürsorge), gradueller Abbau der Einkommensunterschiede, je nach Stärke der sozialdemokratischen Kräfte in den einzelnen Ländern.

Die Menschen glaubten damals weniger an die unsichtbare Hand des Marktes als vielmehr an die Macht des Staates. Was Staatlichkeit vermochte, hatten ja nicht zuletzt die enormen Rüstungsanstrengungen während des Krieges gezeigt. Der Grundgedanke war, dass sich die ökonomischen und sozialen Katastrophen der zwanziger und dreißiger Jahre niemals wiederholen sollten. Linke wie rechte Parteien einte daher die Überzeugung, dass Massenarbeitslosigkeit verhindert werden müsse und dass es die Aufgabe des Staates – der Politik – sei, Vollbeschäftigung zu garantieren.

Dies sei »die Welt, die wir verloren haben«, konstatiert Tony Judt in seinem Buch *Ill Fares the Land*.² Der Umschwung begann in den siebziger Jahren und beschleunigte sich in den Achtzigern. Der Zusammenbruch des Bretton-Woods-Systems der festen Wechselkurse – indirekt eine Folge des Vietnamkriegs, so wie auch die jüngsten Kriegsabenteuer der USA in Irak und Afghanistan maßgeblich zur Schwächung der amerikanischen Wirtschaft beigetragen haben – und die Stagflation in Europa erodierten die ökonomische Basis. Ende der siebziger Jahre wird der Wohlfahrtskonsens der Nachkriegszeit rückgängig gemacht. Reagan und Thatcher betreten die Bildfläche.

Ironischerweise sei es die Neue Linke der Sechziger gewesen, die dem Aufstand gegen Kollektivismus und Wohlfahrtsreformismus den Weg gebahnt habe, stellt Judt fest, der sich für den Neomarxismus und die neulinke Bewegung nie begeistern konnte. Der Wohlfahrtsstaat war nach Auffassung jener hitzigen Revolutionäre nichts anderes als ein Trick, um die Massen zu beschwichtigen, und würde letztlich an seinen inneren Widersprüchen zugrunde gehen, sobald der Konflikt zwischen der Wohlfahrt und den Ansprüchen des Kapitals zu groß geworden sei. In gewisser Hinsicht hat sich genau diese Prognose

1 Siehe *The Nation*, 17. Mai 2010.

2 Deutsch: Tony Judt, *Dem Land geht es schlecht*, München 2011.

bewahrheitet, freilich war es dann die Rechte, die ans Ruder kam, und nicht der Sozialismus. Faktisch trat die Chicagoer Schule auf den Plan, hinter der Wortgeber wie Ludwig von Mises und Friedrich Hayek standen, deren Wurzeln weit in die europäische Geschichte zurückreichten. Ihre Überzeugungen waren, wie Judt betont, vollständig durch den Zusammenbruch der dreißiger Jahre geprägt, sie hatten aus diesen geschichtlichen Erfahrungen aber ganz andere Schlüsse gezogen als etwa Karl Polanyi oder John Maynard Keynes, die intellektuellen Leitfiguren der Nachkriegszeit: Interventionen des Staates seien nicht nur ineffizient, sondern bahnten den Weg in die Knechtschaft. Hayek & Co. waren während der Nachkriegsjahrzehnte zu Randfiguren geworden, hatten jedoch in einer Unterströmung weitergelebt, die jetzt ihre ganze Kraft entfaltete.

Inzwischen leben wir in einer anderen Welt. Die politische Sprache habe sich verändert, bemerkt Judt. Die Sprache des Marktes führt das Wort und die der Politik beruft sich letztinstanzlich auf »Effizienz«. Unser Zeitgeist ist der Kult des Privaten, die Anbetung des Wettbewerbs, die Abwertung des Gemeinschaftlichen gegenüber dem Individuellen. Aber die weitreichende Privatisierung habe die Effizienz nur unwesentlich oder gar nicht gesteigert, meint Judt. Dafür habe sie die ökonomischen Ressourcen von den Steuerzahlern auf die Unternehmensvorstände und Aktienbesitzer umverteilt, die durch öffentliche Finanzierung und soziale Unentbehrlichkeit gegen alle Risiken abgesichert seien. Das Resultat ist eine Politik des *moral hazard*. Dabei gilt doch nicht nur für Banken, dass sie »zu groß sind, um unterzugehen«. Welche Regierung, welche Kommune, könnte schon zulassen, dass Krankenhäuser geschlossen oder Eisenbahnen stillgelegt werden? Also bekommen wir das Schlechteste aus zwei Systemen: Die Finanzierung ist öffentlich, der Gewinn privat. Das wirklich Verhängnisvolle an der *outsourcing* genannten Übertragung ehemals öffentlicher Aufgaben an private Unternehmen ist, dass dadurch der Begriff des »Gemeinwohls« unterminiert wird. Das Ergebnis ist eine »Gesellschaft in Auflösung«. Kollektive Wertegemeinschaften – Parteien, Gewerkschaften, ja die Gesellschaft als solche – erscheinen nur noch als Restbestände einer überholten Vergangenheit. Der Individualismus verzeichnet ständig neue Siege, kommerziell, privat und politisch. Und je stärker die Ungleichheit zunimmt, desto schwächer wird die Demokratie.

Judt setzt seine Hoffnung noch immer in die Sozialdemokratie, und so waren denn auch deren Stärken und Schwächen das Thema eines New Yorker Vortrags im April 2010, der in sein Buch eingeflossen ist. Aber warum ist die europäische Sozialdemokratie tatsächlich so schwach? Warum vermochte sie dem anschwellenden Marktliberalismus keinen Widerstand entgegenzusetzen?

Der Zusammenbruch des Kommunismus liefert Judt die Antwort. »Mit seinem Untergang löste sich auch das ganze Gespinnst von Lehren auf, das die Linke über mehr als hundert Jahre vereint hatte. Wie degeneriert die Moskauer Variante auch war, ihr plötzliches und totales Verschwinden musste alle linken Bewegungen zutiefst verunsichern. Das war eine Besonderheit linker

Politik. Selbst wenn sämtliche konservative und reaktionäre Regime auf der Welt, durch Korruption und Unfähigkeit hoffnungslos diskreditiert, morgen implodieren sollten, würde das am Bestehen des Konservatismus nichts ändern. Eine Politik des ›Bewahrens‹ wird immer lebensfähig sein. Doch für die Linke entsteht durch den Abschied von einem historischen Begründungszusammenhang ein Vakuum.«³

Ich glaube, hier täuscht sich Judt, jedenfalls wenn er mit »der Linken« die Sozialdemokraten meint. Paradoxerweise waren Judts Erklärungsansatz und die ideologische Verkopplung von Kommunismus mit Sozialdemokratie eine der Paradenummern der europäischen Rechten nach dem Mauerfall von 1989: Behauptet wurde, mit dem Scheitern des Kommunismus sei die Unhaltbarkeit des sozialdemokratischen Projekts erwiesen.

Doch handelt es sich hierbei ganz offensichtlich um ein rhetorisches oder propagandistisches Konstrukt. Parlamentarische Demokratie, die Gestaltungskraft von Politik und klassenübergreifende Solidarität waren die Leitbegriffe der Sozialdemokratie über den größten Teil des 20. Jahrhunderts hinweg. Es ist diese Verbindung gewesen, die nach dem Ende des Krieges ausschlaggebend für die Entwicklung Europas wurde – übrigens auch in der christdemokratischen Version. Dieser sozialdemokratische Wohlfahrtskompromiss stellte für den Kommunismus das schlimmste Feindbild dar, weshalb es kein Zufall war, dass Sozialdemokraten in dem von den Sowjets eroberten Osteuropa sehr bald als Volksfeinde eliminiert wurden. Die westeuropäischen Sozialdemokraten waren seit Kriegsende im Großen und Ganzen Anhänger der Marktwirtschaft, wiewohl in ihrer regulierten und integrierenden Form – übrigens genau wie die christdemokratischen Parteien. Auf die führenden Köpfe der Sozialdemokratie übte, von wenigen Ausnahmen abgesehen, der Marxismus, geschweige denn der »real existierende Sozialismus«, keinerlei Anziehung aus. Und es war genau diese ablehnende Haltung, die dann in den sechziger Jahren zur Zielscheibe für die rebellierende studentische Linke wurde.

Möglicherweise trifft es zu, dass die verständliche postkommunistische Abwehrreaktion gegen »den Staat« und alles »Öffentliche« der Rechten Munition lieferte und die allgemeine Debatte beeinflusste, sodass sie indirekt zur Schwächung der Sozialdemokratie beitrug. Attacken gegen das Prinzip eines öffentlich verantworteten Gemeinwohls passten gut in ein Denken, das während des Jahrzehnts, in dem die ideologischen Leitsterne Reagan und Thatcher hießen, die Oberhand gewonnen hatte. Der Postmodernismus tat das Seine dazu.

Doch ist es nicht der Kollaps des Kommunismus gewesen, der ein ideologisches Vakuum oder eine tiefsitzende Desorientierung bei der Sozialdemokratie hinterließ. Die ideologische Ratlosigkeit, von der Judt zu Recht spricht, hatte andere Ursachen, deren Wurzeln bereits in den achtziger Jahren liegen. Einer der Gründe lag gerade im Erfolg des sozialdemokratischen Projekts

3 Ebd., S. 114.

und einer aus ihm resultierenden, sozusagen natürlichen Sättigung. Der zunehmende Individualismus war ja, so kann man es sehen, ein Ergebnis der Freiheit, die der Wohlfahrtsstaat bot – und jetzt kehrte er sich gegen die Sozialdemokratie, die ihn ermöglicht hatte. Auch der Rückgang der Industriearbeit schwächte die sozialmoralischen Milieus, die einst das Fundament der Sozialdemokratie gewesen waren. Zudem bildeten die immer zahlreicheren Immigranten eine neue Facette im sozialen Gefüge, und die Reaktion – Rassismus oder Xenophobie – nicht zuletzt in klassischen Arbeitermilieus trieb vormals sozialdemokratische Wähler in die Arme rechtskonservativer Parteien.

Vor allem aber sorgten die Globalisierung und die Mobilität des Finanzkapitals dafür, dass es immer schwieriger wurde, am Ziel der Vollbeschäftigung, der einstigen Glanznummer der Sozialdemokratie, festzuhalten. Die Macht des Kapitals wurde auf Kosten der Arbeitswelt und der Gewerkschaften gestärkt. In den europäischen Staatsökonomien sank der Lohnanteil zwischen 1980 und 2005 von rund 74 auf etwa 68 Prozent. Zugleich stieg die Anzahl der Beschäftigten, was besagt, dass weniger Geld unter mehr Menschen aufgeteilt wurde. Die Ungleichheit, wie sie der Gini-Index misst, hat seit den achtziger Jahren in allen europäischen Gesellschaften signifikant zugenommen.

Das Bündel solcher Entwicklungen führte zu einer ideologischen Verunsicherung. Das klassische Vertrauen der Sozialdemokratie in die Kraft der Politik wurde geschwächt; sie selbst verhielt sich zunehmend technokratischer und immer weniger »politisch«. Das Projekt der Europäischen Union verstärkte diesen Effekt. Der neue gemeinsame Markt mit den »vier Freiheiten« brachte nicht die versprochene Wachstums- und Beschäftigungssteigerung. Dagegen konnte, als Folge von Deregulierungen und neuen Technologien, das Kapital verlorenes Terrain zurückerobern. Führende Sozialdemokraten wie Blair, Schröder und Persson vertraten die Überzeugung, Anpassung sei besser als Widerstand. Deshalb positionierten sich die sozialdemokratischen Parteien in der Mitte – genau wie die Rechte, was die überkommenen Trennungslinien verwischte und die Mobilisierung der Wählerschaft erschwerte. Der harte Sparkurs und eine Wirtschaftspolitik, die von den Nachfragetheorien des Neoliberalismus geprägt war, in denen die Verantwortung für Arbeitslosigkeit dem Einzelnen zugeschoben wird, enttäuschte und verwirrte die Wähler. Eine Politik, die im Namen der Effizienz die Privatisierung und den Wettbewerb anfeuerte und in der Praxis das internationale Finanzkapital unterstützte, schwächte ihre eigenen ideellen Kräfte. Als die Wähler schließlich beobachteten, dass die Kluft in der Gesellschaft immer größer wurde und die Arbeitslosigkeit stieg, verließen sie die Sozialdemokratie, teils zugunsten rechter oder linker Parteien, überwiegend aber, um jedes politische Engagement aufzukündigen.

All diese Phänomene waren Tony Judt natürlich bekannt, doch hoffte er, dass die Sozialdemokratie aus ihrer ideologischen Lähmung herausfinden könnte – nicht zuletzt deshalb, weil das Zutrauen in die Überlegenheit des Marktes seit der sich an die Lehman-Pleite anschließenden Finanzkrise bröckelte. Judt betont, die Sozialdemokratie müsse aus den Erfahrungen des

20. Jahrhunderts lernen. Die positiven Entwicklungen der Nachkriegszeit waren keineswegs selbstverständlich; es hätte auch anders und übel ausgehen können. Damals erkannten die führenden Politiker jedoch, dass es darauf ankam, um nahezu jeden Preis Katastrophen zu vermeiden wie jene, die dem Krieg und dem Unheil den Weg gebahnt hatten. »Wir sind die Nutznießer einer Transformation beispiellosen Ausmaßes«, meint Judt, weshalb es nicht falsch sei, das zu verteidigen, was im 20. Jahrhundert erreicht wurde. Wir sollten diese Errungenschaften wertschätzen, statt sie zu vernichten. Die wichtigste Aufgabe sei, dem Gemeinwohl neuen Respekt zu verschaffen und der Politik ihre moralische Würde zurückzugeben.

Zu den Rednern auf der erwähnten New Yorker Konferenz im April 2010, bei der Tony Judt seine Kritik der gegenwärtigen Gesellschaft vortrug, gehörte auch der schwedische Staatswissenschaftler Bo Rothstein. Er erklärte, empirische Forschungen in den Sozialwissenschaften hätten gezeigt, dass das neoliberale Bild von der »wahren Natur des Menschen« der Grundlage entbehre. Tatsächlich fallen die Ergebnisse eindeutig aus: Das soziale Handeln von Menschen lässt sich nicht auf das Motiv der individuellen Nutzenmaximierung reduzieren. Freilich darf man auch nicht reinen Altruismus erwarten. Vielmehr sollte man den Menschen als ein Wesen begreifen, für das Reziprozität eine große Rolle spielt. Menschen sind durchaus bereit, sich solidarisch zu verhalten, wenn sie sich darauf verlassen können, dass andere dasselbe tun. Fairness stabilisiert die Kooperationsbereitschaft. Das ist die Basis des sozialdemokratischen Projekts, und Politik wie Institutionen der Sozialdemokratie sollten gleichermaßen davon geprägt sein.

Erfahrung und Forschung belegen überdies, dass Gesellschaften mit relativ wenig Ungleichheit, einem starken öffentlichen Sektor und umfassenden Sicherungssystemen nicht nur wirtschaftlich erfolgreicher, sondern auch der Gesundheit und dem Wohlbefinden der Bürger zuträglicher sind. Das augenscheinliche Scheitern der neoliberalen Ideologie, die (relativen) ökonomischen und sozialen Erfolge der Länder mit einem hohen Anteil öffentlicher Leistungen, die um sich greifende Einsicht, dass sich Ungleichheit auch und gerade auf die Mittelklasse negativ auswirkt, müssten die Position der Sozialdemokratie eigentlich stärken, meint Rothstein. Wenn dies noch nicht der Fall sei, könne es nur daran liegen, dass man die Erkenntnisse der Sozialwissenschaften noch nicht zu einer einheitlichen Gesellschaftstheorie zusammengefügt habe, die eine Alternative zum havarierten Neoliberalismus biete.⁴ Die Realisierung dieser Aufgabe sollte kein unerreichbares Ziel sein.

Als Antwort auf Tony Judts Frage »What is to be done?« (so lautet eine Kapitelüberschrift in seinem Buch) klingt das zweifellos vielversprechend. Freilich liegt auf der Hand, dass der Weg dahin lang ist. Viele politische und mentale Widerstände müssen noch überwunden werden. Das Gesellschaftsmodell der Europäischen Union ist in hohem Grad vom Neoliberalismus ge-

4 Siehe Bo Rothstein, *The Quality of Government*, Chicago 2011.

prägt und, seit es in der EU-Verfassung fixiert wurde, nur noch sehr schwer, vielleicht gar nicht mehr zu verändern. Während mehr als dreißig Jahren hat das Kapital seine Positionen ununterbrochen auf Kosten der Arbeit und der Demokratie nach vorne gerückt. »In immer höheren Maße wird die Demokratie zu einer leeren Hülle, einem formellen Ritual, nicht nur in den Vereinigten Staaten, sondern auch in Europa«, hat Wolfgang Streeck, Direktor des Max-Planck-Instituts für Gesellschaftsforschung, noch unlängst in einem Interview gesagt.⁵ Zurzeit sieht es finster aus. Aufgrund der Eurokrise ist die Demokratie in einigen EU-Ländern praktisch suspendiert und in anderen marginalisiert. Die von allen gefeierten Sparmaßnahmen untergraben die soziale Sicherheit der Bürger und die Institutionen der Wohlfahrt. Ob die Sozialdemokratie in der Lage ist, eine starke Alternative zu formulieren, die auch gewillt wäre, die Macht der Wirtschaft zurückzudrängen, ist eine offene Frage. Aber vielleicht gibt es noch eine Chance für die europäische Sozialdemokratie, ihr Erbe zu überdenken, sich an das Erreichte zu erinnern, einzusehen, was verlangt wird und dadurch den sozialen Pessimismus zu überwinden, der heute so schwer auf der Politik lastet?

Aus dem Schwedischen von Kristina Maidt-Zinke

5 www.thecurrentmoment.wordpress.com

Martin H. Geyer Das Ende des »sozialdemokratischen Konsenses«? Überlegungen zu Tony Judts *Ill Fares the Land*

I.

Wie lassen sich zu Beginn des 21. Jahrhunderts wohlfahrtsstaatliche Interventionen begründen? Schließlich wurde schon vor über 40 Jahren das Ende des »sozialdemokratischen Konsenses« der Nachkriegszeit ausgerufen. Auch wird der Begriff »Reform« längst nicht mehr mit dem Ausbau, sondern vielmehr mit dem Ab-, Rück- und Umbau bestehender Sozialstaaten assoziiert. Und selbst Vertreter von *New Labour* haben in den 1990er Jahren die neo-liberale Agenda übernommen. Wie also ist diese Frage zu beantworten? In seinen Lebenserinnerungen, Interviews und Beiträgen – unter anderem in der *New York Review of Books* (NYRB) – sowie dem langen Essay *Ill Fares the Land* versucht Tony Judt eine Antwort zu geben. Es handelt sich um ein emphatisches Plädoyer, »Gesellschaft zu denken« und »individuelle Interessen« gegenüber Gemeinwohlinteressen zurückzustellen.

Die Schrift wendet sich zunächst an die Bürger von Judts Wahlheimat USA, denen, wie er weiß, »social democracy« seit jeher nur schwer zu verkaufen ist, obwohl sie mit zäher Beharrlichkeit bestimmte wohlfahrtsstaatliche Institutionen und die damit verbundenen sozialstaatlichen Leistungen verteidigen. Ganz zu schweigen von der Rundum-Versorgung für die Mitglieder des größten amerikanischen Arbeitgebers, des Militärs, oder bundesstaatlicher Katastrophenhilfe und anderer Leistungen für einzelne Interessengruppen, man denke beispielsweise an »Social Security« und »Medicare«, die außerordentlich kostspielige Krankenversicherung für die über 65-jährigen. Judts Blick von Manhattan auf die USA verstärkt die europäische Diagnose vermeintlich amerikanischer Staatsferne und das Bild einer atomisierten Gesellschaft. In den Hintergrund rücken dagegen nicht nur die Heterogenität des Landes mit seinen je eigenen, mehr oder weniger ausgebildeten agrarisch-sozialdemokratischen Traditionen und kirchlichen, sozialen wie politischen Netzwerken, sondern auch ein auf lokaler, bundesstaatlicher und nationaler Ebene allgegenwärtig regulierender Staat. Diesem liegt vielleicht kein übergreifendes Konzept von »der Gesellschaft« zugrunde, wohl aber – umstrittene – Vorstellungen von Ordnung, Kontrolle und Aufsicht. Dass die USA eine Gesellschaft von Staatsbürgern sind, bekommen die Amerikaner spätestens im April eines jeden Jahres zu spüren, wenn sie mit der Steuererklärung ihren Staatsbürgerpflichten gerecht werden, im Gegensatz etwa zu den Europäern, die als Steuerflüchtlinge ins Ausland ziehen.

Die USA sind für Judt auch eine Metapher für Trends und Gefahren der Moderne. Dazu zählt seit jeher die Atomisierung der Gesellschaft und der Verlust eines eindeutigen Gesellschaftsbegriffs wie allgemein »des Sozialen«, was auch immer damit gemeint ist. Wohlfahrtsstaatliche Aspekte verschwinden hinter dem Triumph des Neoliberalismus ebenso wie die gemeinschaftsorientierte Selbstorganisation der Gesellschaft. Die vom Verlag vorgenommene

Verschlagwortung von *Ill Fares the Land* für die Library of Congress nennt nicht nur »History«, »Modern«, »Democracy« und »Socialism«, sondern auch »Western« und »Civilization«, ja »World Politics«. Bemerkenswert ist, dass Schlagworte wie »Welfare State« oder »Civil Society« unter den Tisch fallen. Ist das ein Indiz für den von Judt diagnostizierten »hegemonialen« Sprachverlust jener Reformer, an deren Traditionen er appelliert? Vielleicht hat es mit modernem Marketing zu tun; denn Judt lässt eigentlich keinen Zweifel daran aufkommen, dass »Gesellschaft« weder ohne Institutionen noch ohne ein staatsbürgerliches Ethos existieren kann.

II.

Eine gute Portion Nostalgie durchzieht *Ill Fares the Land* ebenso wie viele andere journalistische Äußerungen Judts vor seinem Tod: die Sehnsucht nach einer verlorenen Epoche, einer vergangenen Lebenszeit, nicht mehr existierenden Orten, einem England, dessen Gesicht sich in den letzten dreißig Jahren dramatisch verändert hat. Im Vordergrund steht eine klare Zweiteilung der Zeit, nämlich vor und nach dem »sozialdemokratischen Konsens«, der bis in die 1970er Jahre existiert habe und dessen Verlust unsere Gegenwart präge. Manches davon erinnert an den französischen Historiker Pierre Nora, der mit seinem großen, in den späten 1970er Jahren angedachten und in den folgenden Jahrzehnten realisierten Verlagsprojekt den französischen Erinnerungsorten der untergegangenen Welt der Dritten Französischen Republik ein Monument setzte. Ähnlich wie Nora appelliert Judt gleichermaßen als »public intellectual« wie als Historiker an das kommunikative Gedächtnis einer kleiner werdenden Generation von Mitlebenden und schreibt gegen den Verlust dieser Erinnerung an. Das Ziel ist klar umrissen: aus dieser Vergangenheit nicht nur handlungspraktische Lehren, sondern zugleich auch eine soziale und ökonomische Ethik für die Gegenwart zu generieren. Das wirft Probleme auf. Judt verflucht sehr unterschiedliche historische Argumente, Phänomene und Personen, um eine »sozialdemokratische« Epoche der Reformen zu postulieren. Gleichzeitig schreibt er sich in identitätspolitischer Manier, die er in anderem Zusammenhang vielfach kritisiert hat, autobiographisch in die Geschichte ein.

Immerhin werfen die persönlichen Jugenderinnerungen interessante Schlaglichter auf zentrale Prämissen, die er mit der Zeit des »sozialdemokratischen Konsenses« nach dem Zweiten Weltkrieg bis in die 1970er Jahre verbindet. Das damals alles überschattende Phänomen hieß »scarcity«. Die Knappheit finanzieller Mittel im Sozialwesen war jedoch, wie Judt in einem Artikel für die NYRB im Mai 2010 erläutert, nicht gleichbedeutend mit Armut. Auch waren die begrenzten Investitionen im sozialen Bereich, wie der Historiker Judt in vergleichender europäischer Perspektive beschrieben hat, kein spezifisch britisches Phänomen; und man mag hinzufügen: es war ein ausgesprochen amerikanisches Phänomen, das die New-Deal-Generation prägte. Es ist also eine nostalgische Beschreibung der verlorenen Welt des einfachen Lebens. Seine Diagnose, dass in dieser allgemeinen Ressourcenknappheit der Kriegs- und unmittlaren Nachkriegsgesellschaft Gemeinwohlvorstellungen, ja überhaupt Ideen einer gerechten Gesellschaft und unterschiedliche Gesellschaftsbegriffe

wurzeln, mag so falsch nicht sein. Bemerkenswert jedoch ist, dass deutsche Darstellungen vielfach zu gegenteiligen Schlussfolgerungen kommen. Sie beschreiben Notgesellschaften eher als Wolfsgesellschaften denn als Solidargemeinschaften und die öffentliche Zwangswirtschaft als ein Laboratorium weniger für Sozialismus als vielmehr für liberale Marktwirtschaft. Trotzdem hatte die moralische Ökonomie des »einfachen Lebens« »einfacher Leute« für den Sozialstaat eine starke Prägestkraft; das gilt insbesondere für die englische Arbeiterbewegung. Aber kann die Rückbesinnung auf diese Zeit eine neue gesellschaftliche Ethik begründen helfen? Vermag sie die Erneuerung eines durch einen ungebändigten Individualismus verlorengegangenen Gesellschaftsbegriffs zu liefern, etwa in dem Sinne, dass »a little austerity might be in order«?

Judt geht noch einen Schritt weiter. Die wohlfahrtsstaatlichen Institutionen und Maßnahmen einschließlich der Bildungspolitik und der infrastrukturellen Projekte, die in der Nachkriegszeit etabliert wurden, hätten jenes meritokratische System geschaffen, welches (nicht nur) das moderne Großbritannien nach 1945 auszeichnete: Der moderne Wohlfahrtsstaat öffnete einem aus der jüdischen Unterschicht Ost-Londons stammenden, sozial wenig privilegierten Kind wie Judt, und einer ganzen Generation von Gleichaltrigen, neue und unerwartete Chancen. Seine schulische Laufbahn einschließlich der Aufnahme in das King's College in Cambridge war demnach »the very incarnation of meritocratic postwar Britain«, wie es in einem anderen Artikel in der NYRB vom August 2010 heißt, ein Punkt, auf den er in anderen Zusammenhängen immer wieder zurückkam. Erst die Zurückdrängung dieses – elitären – Erbes in späteren Jahren sowie der Ansatz, im Hochschulsystem »Gleichheit« zu etablieren, habe das britische System zugrunde gerichtet, so Judts Kritik an dem alles egalisierenden und bürokratisierenden Wohlfahrtsstaat. »Perhaps we should have stuck with meritocracy«, lautet sein Resümee.

III.

Hier soll es nicht um alternative Sichtweisen auf die Ära der »scarcity«, also der Ressourcenknappheit, die Ära des sozialen Missstandes oder auf das englische Bildungssystem gehen, auch nicht darum, welche Rolle die Verfestigung oder Verflüssigung beziehungsweise die Auflösung sozialer Klassen in der Nachkriegszeit spielte und wie und ob sozialer Aufstieg primär ein Phänomen wirtschaftlicher Prosperität oder das Resultat sozialpolitischer Anstrengungen war. Interessanter sind die spezifischen Referenzpunkte in Judts Denken über das in den 1970er Jahren verschwindende »sozialdemokratische Zeitalter«. Es handelt sich um den Zerfall eines politischen, wirtschaftlichen und sozialen Nachkriegsarrangements, der in neuerer Zeit unter verschiedenen Begriffen thematisiert wurde. Die Rede ist dann vom Ende des »goldenen Zeitalters« (Hobsbawm) oder es heißt, kürzer noch, »nach dem Boom« (Raphael/Mantuffel).

Großbritannien spielt dabei eine besonders wichtige Rolle. Es lohnt ein kurzer Blick auf William Beveridge, da sich mit dem Namen dieses liberalen

englischen Sozialreformers gleichermaßen sozial- und wirtschaftspolitische Ideen und institutionelle Lösungen der ersten Labour-Regierung der Nachkriegszeit verbinden. Der 1942 vorgelegte Beveridge-Plan trägt, ganz im Sinne Noras, alle Merkmale eines Erinnerungsorts – dies trifft nicht nur auf Großbritannien zu, sondern auf moderne Wohlfahrtsstaatlichkeit allgemein: Der moderne »welfare state« bildete nicht nur die Antwort auf den faschistischen »warfare state«, der selbst eine neue, ebenfalls soziale Weltordnung propagierte. Er war immer auch eine Reaktion auf die sozialen und wirtschaftlichen Krisen der Zwischenkriegszeit. Er ermöglichte spezifische Formen eines holistischen, sozialpolitischen Denkens über Wirtschaft und Gesellschaft, über Planung und Ordnung. Gesellschaftliche Normalvorstellungen implizierten immer Strategien der Disziplinierung, dazu kam ein ausgeprägtes eugenisches Denken.

Kennzeichnend ist die ausgeprägte Verankerung von William Beveridge in den britischen wohlfahrtsstaatlichen Traditionen des »Poor Law«. Vorstellungen von »scarcity« sind darin institutionell fest verankert. Am deutlichsten zu sehen ist das im Fall des Alterssicherungssystems. Nicht die Lebensstandard-, sondern die Existenzsicherung stand im Vordergrund, und zwar mittels Leistungen, die bis in die Kriegszeit auf Grundlage von Bedürftigkeitsprüfungen bemessen wurden. Charakteristisch ist zudem die ausgesprochen egalitäre Ausrichtung dieser Alterssicherung, die zugleich Ungleichheit festschrieb. Das betrifft sowohl die Beiträge in Form von Einheitssätzen (»flat rates«) als auch die Leistungen als solche, auf die erst nach einer relativ langen Mitgliedschaft ein Anrecht bestand, sodass viele Arbeitnehmer auf die Armenfürsorge angewiesen waren.

Beveridge stand ähnlich wie der Ökonom John Maynard Keynes in der englischen liberalen Tradition. Darüber können beider Popularität sowie die Vereinnahmung und Adaption vieler ihrer Ideen durch die Arbeiterbewegung – auch außerhalb der Britischen Inseln – nicht hinwegtäuschen. Von Anfang an bestand die Grundidee des institutionell realisierten Beveridge-Modells darin, dass der Staat neben der privaten und der betrieblichen Altersversorgung nur eine Grundsicherung garantieren sollte. In den Reihen der Sozialisten gab es in den 1950er und in den 1970er Jahren zwar immer wieder Bemühungen, dieses Konstruktionsprinzip zu überwinden und die private Versicherung in den Hintergrund zu drängen, indem unter anderem die Höhe der Leistungen stärker an die Höhe der individuellen Beiträge gekoppelt werden sollte (einige Sozialisten ventilierten überdies die Idee, die angesammelten Beiträge zur Sozialisierung von Industrien einzusetzen). Den letzten Versuch in diese Richtung machte die Labour-Regierung 1975, während die Regierung Thatcher diesen eingeschlagenen Weg wieder verließ.

Die Altersversorgung bildet freilich nur die Spitze des Eisberges namens Wohlfahrtsstaat. Die Frage ihrer Finanzierung ist aber in vielerlei Hinsicht signifikant. Denn gerade für den englischen Wohlfahrtsstaat der Nachkriegszeit war und blieb das Moment der Unterfinanzierung, der knappen Mittel und der privaten Selbsthilfe charakteristisch – unabhängig davon, ob es sich um den sozialen Wohnungsbau, um die soziale Absicherung im Alter oder im Falle von Invalidität und Krankheit oder um öffentliche Infrastrukturprojekte im

Straßen- und Eisenbahnbau handelte. All das hat Tony Judt einsichtig in seiner europäischen Nachkriegsgeschichte beschrieben. Selbst als der allgemeine wirtschaftliche Wohlstand zunahm, war und blieb diese »scarcity« in Großbritannien endemischer als in anderen Ländern. Mehr noch, das Problem verschärfte sich mit der galoppierenden Inflation in den 1970er Jahren, besonders in der zweiten Hälfte, als die Labour Party an der Regierung war und die öffentlichen Leistungen einen dramatischen Niedergang erlebten: *When the Lights Went Out*, lautet bezeichnenderweise der Titel einer neueren Studie Andy Becketts über die britischen 1970er Jahre.

Wohlfahrts- und Interventionsstaaten, die den Erwartungen ihrer Bürgerinnen und Bürger nicht gerecht werden, haben ein Problem. Auch wenn die Umkehrung dieses Satzes gleichermaßen gilt – dass nämlich die gezielte Diskreditierung dieser Erwartungen erst Probleme zu schaffen vermag –, bleibt festzuhalten: Kritik und Krise waren dialektisch miteinander verschränkt. Auf Großbritannien mit seiner vergleichsweise großen Staatswirtschaft, die in den Sog von Inflation, Rezession und sozialen Auseinandersetzungen geriet, traf das in besonderem Maße zu. Die von Judt so liebevoll beschriebenen Eisenbahnen waren, wie er in der NYRB unter dem Titel »Bringing Back the Rails« Anfang 2011 schrieb, als nationale Vorhaben zweifellos »a collective project for individual benefit [...] and by design they offer a practical benefit to individual and collectivity alike«. Aber ein billiger Sitz in der Billigfluglinie Laker, die von der Deregulierung des transatlantischen Luftmarktes profitiert, ist mindestens genauso attraktiv wie ein (damals immerhin noch billiger, wenn auch schlechter) Sitz in der British Rail.

IV.

Der Topos von der Krise, ja dem Ende des »sozialdemokratischen Konsenses«, tauchte in der zweiten Hälfte des 1970er Jahre auf. Von Anfang an vermischten sich dabei die Deskription des Bestehenden und die Präskription, die auf eine neue Zukunft mitunter in utopischer Manier abzielte. Impliziert war immer der Abgesang auf sozialdemokratische Regierungen, nicht selten auch auf die industrielle Arbeitsgesellschaft »von gestern«. Begriffsprägend wirkte wohl Ralf Dahrendorf, und zwar nicht erst mit seinem kleinen Buch unter dem Titel *Lebenschancen* (1979). Nicht minder wichtig war eine damals vielbeachtete Rede des englischen Premierministers James Callaghan auf dem Labour-Parteitag 1976. Darin ermahnte er seine Parteigänger, dass der Keynesianismus unter den gegenwärtigen wirtschaftlichen Bedingungen kein Patentrezept mehr darstelle. Ähnliches pflegte der auf diesem Parteitag ebenfalls anwesende Helmut Schmidt immer zu sagen. Er war schon wenige Jahre zuvor zu einer deutschen Variante des Monetarismus konvertiert und erntete dafür auf dem internationalen Parkett eifrigen Beifall.

Die deutsche Konstellation war in den 1970er Jahren eine andere als in England, auch wenn in der größten Wirtschaftskrise der Nachkriegszeit die sozialliberale Koalition ebenfalls auseinanderbrach. Für Sozialdemokraten wie Schmidt – und auch für viele seiner politischen Gegner – bestand kein Zweifel daran, dass der Sozialstaat, so reformbedürftig dieser sein mochte (und dieses

Sentiment verstärkte sich seit der Wirtschaftskrise 1980), erst die innere und äußere Stabilität der Bundesrepublik zu begründen geholfen hatte. Der sozialstaatliche Konsens der Bundesrepublik hatte staatstragende Qualitäten: Es ging um Lehren aus verpassten Chancen in der Vergangenheit und um die Vorstellung, es dieses Mal in der deutschen Geschichte »richtig« zu machen. Die Imagination von Gegenwart und Zukunft als einer besseren Vergangenheit diente offenkundig der sozialstaatlichen Selbstverständigung, was selbst für viele Kritiker des »überdehnten« Sozialstaates gilt. Die Propagierung eines radikalen Bruchs mit der Vergangenheit und des Aufbruchs zu neuen utopisch anmutenden Ufern einer liberalen Vertragsgesellschaft, wie in den angelsächsischen Ländern, stieß hierzulande daher zunächst eher auf Unverständnis.

Der Überwindung des Knappheitspostulats kam in Deutschland seit jeher eine zentrale Bedeutung zu. Realisiert wurde sie relativ spät, nämlich seit den späten 1960er Jahren und unter sozialliberaler Ägide mit ihrer starken Erhöhung der Sozialleistungen. Nicht die Absicherung sozialer Mindeststandards, sondern vielmehr die Fortschreibung des ungleichen Erwerbsstatus des Einzelnen im Alter stand im Vordergrund. Im Gegensatz etwa zum britischen System spielte damit die Sicherung des individuellen Lebensstandards im Alter eine sehr viel größere Rolle. Die zu Recht berühmte Adenauer'sche Rentenreform von 1957 hat dieses traditionelle System sozialer Ungleichheit mit Erfolg festgeschrieben: Die Unterschiede im Erwerbsleben spiegelten sich auch in der Höhe der Renten wider, die in einem äquivalenten Verhältnis zum Erwerbseinkommen stehen sollten. Für alle sozialen Gruppen in Deutschland galt dabei (nicht erst in der Nachkriegszeit) die herkömmlich bessere Versorgung von Beamten und Angestellten als Vorbild. Und so erfolgte die Angleichung nach 1957 bezeichnenderweise nicht auf Grundlage der Sozialleistungen der am wenigsten, sondern der am meisten privilegierten Gruppen. In Verbindung mit der Koppelung fast aller Rentenleistungen an das Wachstum der Realeinkommen konnten in den 1970er und 1980er Jahren alle Versicherten und Versorgungsberechtigten von den Altersrentnern bis zu den Kriegsinvaliden eine starke Ausdehnung der nominalen wie der realen Bezüge im Sinne einer nicht nur minimalen Lebensstandardsicherung verbuchen. Die dafür aufzubringenden Kosten (gemessen an der nationalen Wirtschaftsleistung) sind bis heute beträchtlich, auch wenn Deutschland heute – im Gegensatz zur Nachkriegszeit – in das obere Mittelfeld der »social spender« zurückgefallen ist.

Diese Entwicklung erklärt auch, warum sich das »Bismarck'sche« System – beziehungsweise das, was unter diesem Namen in Deutschland lange Zeit gegen den vermeintlich gleichmachenden Sozialismus à la Beveridge ins Feld geführt wurde – zunächst als vergleichsweise resistent gegen Einschnitte erwies. Einiges deutet darauf hin, dass insbesondere die Höhe der Leistungen ein Garant der anhaltenden Popularität des sozialen Sicherungssystems bei den Wählern war. Der sozialliberale (sozial)politische Konsens der deutschen Regierungskoalition war 1982 zwar zerbrochen, doch war die Auflösung der Koalition noch lange nicht gleichbedeutend mit einer Krise des sozialpolitischen Konsenses. Die neue Regierung setzte auf Konsolidierung und Neujustierung des überdehnten sozialliberalen Sozialstaates, der im Kontext

der deutschen Wiedervereinigung im Sinne einer gezielten Lastenumverteilung vom Westen in den Osten von großer Wichtigkeit sein sollte.

Für konservative Sozialstaatskritiker war dies eine ernüchternde Erfahrung. Die in den 1990er Jahren einsetzende Kritik an den sozialpolitischen Reformen Konrad Adenauers zeigt das sehr deutlich. Das vermeintlich konservative deutsche Modell war gerade wegen seiner relativ großen Leistungsfähigkeit attraktiv und erwies in vielen Bereichen eine große Beharrungskraft gegen tiefgreifende Veränderungen. Daran zweifeln zunächst nicht einmal diejenigen, die die Verankerung von sozialer Ungleichheit, die Marginalisierung bestimmter Gruppen, die mangelnde Berücksichtigung demographischer Faktoren oder die Fixierung der Leistungen auf das »Normalarbeitsverhältnis« in dem überkommenen System kritisierten und bis heute kritisieren. In Frage gestellt werden aus gutem Grund traditionelle Arrangements der sozialen Sicherung und die ihr zugrundeliegenden Vorstellungen von Gerechtigkeit und gesellschaftlicher Ordnung.

V.

Die Rede vom Ende des »sozialdemokratischen Konsenses« läuft Gefahr, zu einer nichtssagenden Formel zu verflachen, mit der alles und nichts beschrieben wird: Bezieht sich Judts Konsens auf eine Epoche, von der gar nicht sicher ist, ob sie tatsächlich zu einem Ende gekommen ist? Handelt es sich um ein System von Institutionen für soziale Sicherheit, in das, wie angerissen wurde, sehr unterschiedliche, nationalspezifische Gerechtigkeitsvorstellungen eingelassen sind und die weiter existieren? Ist es ein System sozialer und infrastruktureller Planung, das bis heute unser Leben in verwalteten Staaten durchzieht, und das sogar die Verstaatlichung wichtiger Industrien einschließlich der Banken mit umfasst? Oder ist es gar der eugenische Gesundheitsstaat? Sicherlich, für die ersten Jahrzehnte nach dem Weltkrieg trifft das alles in bestimmter Weise zu, auch wenn sich bei näherem Hinsehen der vermeintliche »Konsens« der Zeitgenossen in fast jeder Hinsicht als schwach respektive als gar nicht gegeben erweist. Die Rede vom Ende blendet jedenfalls Kontinuitäten wie beispielsweise die liberale Verankerung des britischen Wohlfahrtsstaates aus; Klischees, welche die USA betreffen, werden bestärkt. Und die Sache wird nicht wirklich einfacher, wenn »sozialdemokratisch« mit Vorstellungen von Gerechtigkeit oder gar vermeintlich eindeutigen Gesellschaftsbegriffen in Verbindung gebracht wird, zumal dann, wenn der Begriff aus einer vergangenen Epoche abgeleitet ist.

Tony Judt's Legacy, Tagungsbericht

Am 9. und 10. Dezember 2011 fanden die fünften *Berliner Colloquien zur Zeitgeschichte* statt: *Tony Judt's Legacy, or The Past and Future of Social Democracy and the Welfare State* lautete der Titel der Tagung, zu der Geistes- und Sozialwissenschaftler sowie Weggefährten des im Jahr 2010 verstorbenen Historikers und »public intellectual« geladen waren. Zu seinen am meisten diskutierten Texten gehört das kurz vor seinem Tod publizierte Buch *Ill Fares the Land* von 2010 (*Dem Land geht es schlecht*, 2011). Darin findet sich ein Appell, der zugleich als Judts politisches Vermächtnis gelesen werden kann:

»Der Sozialdemokratie kann es aber nicht nur darum gehen, sinnvolle Einrichtungen zu bewahren, weil sonst alles noch schlimmer würde. Das ist auch gar nicht nötig. Für die Probleme unserer modernen Welt gibt es die Begriffe der klassischen politischen Philosophie: Unrecht, Ungerechtigkeit, Ungleichheit und Unmoral. Das alles sind vertraute Themen für uns, wir haben nur vergessen, wie man darüber redet.« (S. 182)

Diese Beobachtung war Anregung für die zweitägige Diskussionsveranstaltung, die sich als kritische Würdigung Judts verstand: Kann das klassische Konzept von »social democracy« und »Wohlfahrtsstaat« belastungsfähige Anregungen für die Gesellschaft der Zukunft geben? Was bedeutet »common good« vor dem Hintergrund deregulierter Märkte und einer zunehmend globalisierten Ökonomie? Wie steht es um das Verhältnis von Freiheit und Sicherheit, von Staat und Gesellschaft, von Öffentlichem und Privatem? Und was können wir aus der komplizierten Geschichte dieser Begriffe lernen?

Die Tagung war in fünf Sektionen unterteilt: *Genesis, Historical Achievements, and Problems of the Welfare State – The Crisis of the Welfare State, the End of the Age of Social Democracy – The Welfare State and Its Enemies – The Potential of the Welfare State – Historicizing Tony Judt*. Martin H. Geyer, Lutz Raphael, Heinz Bude, Tim B. Müller und Susan Neiman eröffneten die jeweils zweistündigen Diskussionsrunden mit knappen Impulsreferaten.

Die Bandbreite der Fragestellungen spiegelt sich auch in dieser Beilage wieder, für die wir drei der Tagungsteilnehmer gebeten haben, Tony Judts Konzept von »social democracy« noch einmal zu reflektieren – aus Sicht eines vormaligen Vorsitzenden der Liberalen Partei Kanadas (Michael Ignatieff), eines schwedischen Sozialdemokraten und vormaligen Botschafters (Carl Tham) und eines deutschen Sozialhistorikers (Martin H. Geyer).

Der Einladung der Convenors Prof. Dr. Susan Neiman, *Einstein Forum Potsdam*, und Prof. Dr. Bernd Greiner sowie federführend Dr. Tim B. Müller,

beide *Hamburger Institut für Sozialforschung*, waren gefolgt: Gertraud Auer Borea d'Olmo Bruno, *Kreisky Forum*, Wien, PD; Dr. Ulrich Bielefeld, *Hamburger Institut für Sozialforschung*; Prof. Dr. Heinz Bude, *Hamburger Institut für Sozialforschung/Universität Kassel*; Prof. Dr. Martin Geyer, *Ludwig-Maximilians Universität*, München; Prof. Dr. Todd Gitlin, *Columbia University*, New York; Dr. Jens Hacke, *Hamburger Institut für Sozialforschung*; Michael Ignatieff, *Universität Toronto*; Prof. (em.) Dr. Hartmut Kaelble, *Humboldt Universität zu Berlin*; Ivan Krastev, *Center for Liberal Strategies*, Sofia; Prof. Dr. Lutz Raphael, *Universität Trier*; Prof. Dr. Jan Philipp Reemtsma, *Hamburger Institut für Sozialforschung*; Dr. Diana Pinto, *Universität Harvard*; Prof. Dr. Balázs, *Trencsényi Central European University*, Budapest; Carl Tham, *Schwedischer Botschafter in Deutschland*, Stockholm; PD Dr. Dierk Walter, *Hamburger Institut für Sozialforschung*; Prof. (em.) Dr. Bernd Weisbrod, *Georg-August-Universität Göttingen*, sowie weitere Mitarbeiter des *Einstein Forum Potsdam* und des *Hamburger Institut für Sozialforschung*.
Bettina Greiner